

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. RM. 20.—, vierteljährl. RM. 60.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlanddeutschen Verkehr 66.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 75 Hg. : Strotonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildb.
Bankkonto: Direction d. Discontogef., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 20 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeitspaltzeile oder deren
Raum RM. 1.50, auswärts RM. 2.00. : Reklame-
zeile RM. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Erl. Für Offerten u. bei Anstufstellung werden
sowohl 1 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konfurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beirteilung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Num. er 146

Februar 179

Wildbad, Montag, den 26. Juni 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Sind die Mörder Rathenaus Ausländer?

Die Mordtat.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Samstagausgabe.)

Berlin, 24. Juni. Auf Reichsminister Dr. Rathenau ist heute während der Fahrt von seiner Wohnung zu seinen Diensträumen in der Wilhelmstraße ein Attentat verübt worden. Dr. Rathenau wurde tödlich verletzt. Von amtlicher Stelle wird die Ermordung bereits bestätigt. Ueber die näheren Vorgänge bei der Ermordung wird bisher folgendes mitgeteilt: Das Attentat hat heute früh im Grunewald, Königsallee, stattgefunden ungefähr um 11 Uhr. Drei verummte Männer waren dort im Auto dem Kraftwagen des Reichsministers gefolgt und hatten bei Erreichung des Kraftwagens des Ministers mit Handgranaten das Attentat verübt. Ein Schwiegersohn des Reichstagsabgeordneten Dernburg soll Zeuge des Vorfalles gewesen sein. Im Reichstag herrscht größte Erregung. Die heutige Reichstagsitzung wird nach einer Kundgebung des Reichspräsidenten sofort geschlossen werden. Bei dem Attentat muß auch ein Maschinengewehr in Tätigkeit gewesen sein, da der Kopf des Ermordeten 8 Schüsse aufweist. Die Täter sind in dem Auto entkommen. Die Verfolgung der Attentäter ist von Autos der Schutzpolizei aufgenommen worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Oben noch war, auch in Deutschland, der Abscheu über den verbrecherischen Fanatismus der irischen Sinnfeiner in aller Munde, dem der englisch-irische Feldmarschall Wilson zum Opfer fiel, und zwei Tage darauf erfahren wir selbst eine solche Sinnfeiner-Tat. Daß die Tat von Ausländern begangen und etwa den Beweggründen des Geschäftseids oder persönlicher Rache entsprungen sei, wie man in den Kreisen des Privatbetriebs Rathenaus der A.E.G. anzunehmen geneigt zu sein scheint, klingt nicht sehr glaubhaft; wahrscheinlicher ist es, daß es eine Ausgeburt des Fanatismus, des politischen Wahnsinns ist, die Rathenau Mörder, wer sie auch sein mögen, zur tödbringenden Pistole greifen ließ. Ist die Tat vom rein menschlichen Standpunkt verwerflich, so ist sie es doppelt in einer Zeit, wo die Parteileidenschaften wieder entseelt sind wie nur je einmal und das deutsche Volk wie durch eine finstere Zauberwelt in den Bann der Selbstzerfleischung gelegt zu sein scheint. Wahrheit, in seiner ganzen Geschichte gab es noch keine Zeit, wo das Unglück schwerer hereingebrochen wäre als in unseren Tagen. Furchtbar lastet des grausamen Feindes Haß und Uebermut auf Deutschland, der mit unheimlicher Stier dem Reich das letzte Mark aus den Knochen zu ziehen sich anschickt. Denn nur das ist die wahre Ursache der Leuerung und der wirtschaftlichen Not, die so verheerend auf unser Volksleben einwirkt, daß sie nicht nur die schaffenden Stände gegen einander aufreizt, und Schicht gegen Schicht sich erheben macht, sondern daß in der Verwirrung der Geister bald jeder im anderen Volksgewissen seinen Feind sieht. Das ist der Geist des Vertrags von Versailles, der Geist Clemenceaus, der das freche Wort sprach: Es gibt 20 Millionen Deutsche zu viel in der Welt! Diesen infernalischen Geist zu überwinden gäbe es nur ein Mittel: Die Geschlossenheit des ganzen Volks in allen seinen Teilen und Parteien nach innen und außen. Diese Geschlossenheit müßte kommen, wenn sich jeder bei ruhiger Ueberlegung über die wahren Ursachen unserer Not klar würde. Aber gerade solche unselbige und unsinnige Taten wie der neueste Mord werfen immer wieder neue Brandfackeln in die schwelende Glut der inneren Zerfetzung. Und den äußeren Feinden konnte gerade jetzt, wo fast alles auf dem Spiele steht, kaum ein größerer Gefallen getan werden, als daß man ihnen wieder einen Scheingrund zu verschärften Ueberwachungen und womöglich Sanktionen in die Hände spielte. Mag leider die Tat aus dem Seelenzustand unseres Volks zu erklären sein, zu entschuldigen ist sie niemals. Sie ist eine Schuld.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Rathenau, hat viele Freunde gehabt. Wohl nicht mit Unrecht sah man in ihm den eigentlichen Urheber der „Erfüllungspositiv“ und sicher ist er die rechte Hand des Reichskanzlers Dr. Birtz gewesen. Die Sachleistungsverträge mit Loucheur und dem Belgier Bemelmann sind das eigentliche Werk Rathenaus. Ob sie sich für

Deutschland vorteilhaft erwiesen oder ob sie, wie man namentlich in den Kreisen der Großindustrie glaubt, eine Verschlimmerung des Londoner Ultimatums bedeuten, das ist zurzeit noch eine unentschiedene Streitfrage. In seiner Tätigkeit zur Kriegsbegleitung, als er dem Reichskanzler Bethmann Hollweg die Einrichtung der in so üblen Leumund gekommenen Kriegsgesellschaften vorschlug, hat Rathenau seine glückliche Hand gehabt. Vielleicht hat er sich diese Gesellschaften und ihr Wirken ursprünglich anders gedacht, als sie leider geworden sind. Aber wie man sich dazu auch stellen mag, das wird man nicht bestreiten dürfen, daß er ein Mann von erstaunlichen Kenntnissen und einem festen Willen war, und daß er den Mut besaß, seinen Willen auch gegen die größten Widerstände durchzusetzen. Es mag sein, daß er, wie auch von seinen Anhängern gesagt wird, vielleicht als Minister des Auswärtigen nicht ganz an richtiger Stelle war, und daß er bei seiner ungewöhnlichen Begabung, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu überblicken, als Reichswirtschaftsminister, der er vordem war, mehr in seinem Feld gewesen wäre. Gleichwohl hat er als Außenminister alle seine Vorgänger seit der Revolution an Tapferkeit übertraffen, denn der Abschluß des deutsch-russischen Vertrags von Rapallo während der sogenannten Konferenz von Genua das war eine Tat, seine Tat.

Walter Rathenau ist am 29. September 1867 in Berlin geboren. Sein Vater war der Gründer der A.E.G. (Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft) in Berlin und nach dessen Tod übernahm er die kaufmännische Leitung des Werks. Vom 30. Mai bis Oktober 1920, bis zur Umbildung des Kabinetts Birtz, war er Wiederaufbauminister. Dann führte er als Vertrauensmann des Reichskanzlers die bekannten Verhandlungen in London, Paris und Cannes. Am 31. Januar 1922 wurde er zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt.

Der Vorgang

Dr. Rathenau hatte den Abend vor dem 24. Juni bei dem neuen amerikanischen Botschafter verbracht. Gegen 3 Uhr morgens war er wieder in seiner Villa in der Königsallee im Grunewalden Bismarckviertel angelangt. Am Samstag vormittag 10 1/2 Uhr war er im Begriff, zur Stadt zu gehen, als sein Privatauto von einem andern Kraftwagen eingeholt wurde. Die vier Insassen trugen Lederkleidung mit Autotappen und Schutzbrillen, waren also unkenntlich. Es scheinen junge Leute von 25 bis 30 Jahren gewesen zu sein. Als die Wagen in gleicher Höhe waren, erhob sich ein Anstöße des fremden Wagens und feuerte einen Schuß auf Rathenau ab, der den Unterkiefer zerhackte; in rascher Folge wurden nun weitere Schüsse abgegeben. Der Kopf ist von mehreren Kugeln getroffen, ein Geschloß drang durch die Schulter in die Brust ein. Darauf wurde noch eine Handgranate ohne Zeitländer geworfen, durch deren Explosion Rathenau der Leib aufgerissen wurde. Der Wagenlenker wäre durch die Erschütterung beinahe aus dem Wagen geschleudert worden. Alles das spielte sich in einigen Sekunden ab. Das fremde Auto bog rasch ab und verschwand in der Richtung auf Schmargendorf. In der Aufregung scheint niemand nach der Nummer gesehen zu haben; sie ist nicht bekannt. Einige Blätter wollen wissen, Rathenau sei in den letzten Tagen gewarnt worden. — Die „Tägl. Rundschau“ erfährt aus Kreisen der A.E.G., man vermute, daß die Mörder Ausländer seien.

Magnahmen der Regierung. Ausnahmezustand

Sofort nach dem Bekanntwerden des Mordes trat das Reichskabinet zu einer Sitzung im Reichstag zusammen, der auch Reichspräsident Ebert und der preussische Ministerpräsident Heinert beiwohnten. Der Reichskanzler widmete nach amtlicher Mitteilung dem Verstorbenen Worte verehrungsvollen Dankes für die aufopfernde und treue Arbeit, die der Tote dem Vaterland leistete. Das Kabinet beschloß sodann die durch den Mord geschaffene innerpolitische Lage und verhängte den Ausnahmezustand, „um die Republik und ihre durch organisierte Verchwörer bedrohten Einrichtungen zu schützen, da an dem politischen Charakter der Tat jeder Zweifel ausgeschlossen ist“. Das Ausnahmegesetz entspricht den Verordnungen, die seinerzeit nach der Ermordung Erzbergers erlassen wurden, und enthält Strafbestimmungen bis zu 500 000 Mark.

Reichspräsident Ebert richtete sofort an die Mutter des Ermordeten ein Beileidstelegramm. Der Reichstag und sämtlich Reichs- und Staatsgebäude haben halbmast geflaggt.

Auf die Ergreifung der Mörder ist von der Reichsregierung eine Belohnung von 300 000 Mark ausgesetzt.

Die Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung, die Nationale Einheitsfront und die Hauptstelle vaterländischer Verbände haben die beabsichtigten Kundgebungen gegen den

Friedensvertrag und die Schulbüge am 28. Juni bis auf weiteres vorläufig aufgehoben.

Dresden, 25. Juni. Die sächsische Regierung hat alle Kundgebungen und Veranstaltungen der Rechtsparteien bis auf weiteres verboten.

Der Reichstag

Der Reichstag tritt um 3 Uhr nachmittags zusammen. Als Abg. Dr. Helfferich den Saal betritt, stürzen Kommunisten und Sozialdemokraten auf ihn los mit den Worten: „Mörder! hinaus mit dem Mörder!“ Präsident Ebert vermag lange die Ruhe nicht herzustellen. Endlich kann der Präsident das Wort ergreifen. Er teilt dem Haus den Mordfall mit und gibt dem Abscheu Ausdruck. Die Mörder haben Gehilfen und Spießgesellen hinter sich (Stürmische Rufe von links: da (rechts) sitzen sie!), die sie verschwinden lassen und immer wieder von neuem schätzen. — Die Linke ertönt in den Ruf aus: Es lebe die Republik!

Die Erklärung des Reichskanzlers

Die auf abends 7 Uhr weiter anderaumte Sitzung konnte erst eine volle Stunde später eröffnet werden. Reichskanzler Dr. Birtz erklärt: Der Mord an Dr. Rathenau hat schwere Gefahren einschließt, denen Deutschland durch innerpolitische Zerwürfungen ausgesetzt ist. Rudellose Verheerung treibt immer mehr politisch verblendete Köpfe zu Mord; ein ganzes Netz von Verschwörungen bedroht den inneren Frieden. Der neue Mord war nur ein Glied in der Kette wohl vorbereiteter Anschläge auf die Republik; erst die Führer, dann die Republik. Dem wachsenden Terror und Rißismus, der vielfach unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung sich verbirgt, darf nicht mehr mit Nachsicht begegnet werden. Die Regierung versteht die Erregung des Volkes, weil die arbeitenden Klassen durch die wirtschaftlichen Rückschläge am meisten betroffen werden; sie hofft aber, daß das Volk trotzdem sich nicht zu Schritten verleiten läßt, welche die wirtschaftlichen und politischen Schäden noch vermehren würden. Sie fordert die Arbeiter und das ganze freiebürgertum auf, zum Schutz des Staats in Not und Gefahr zusammenzutreten. Hieraus verliest der Reichskanzler die vom Reichspräsidenten erlassene Ausnahmeverordnung. — Der Reichstag tritt zur Besprechung am Sonntag mittag 12 Uhr zusammen.

Berlin, 25. Juni. Die Deutschnationale Volkspartei erläßt folgende Erklärung: Die Deutschnationale Volkspartei verdammt jeden Mord, auch den politischen Mord, gleichviel gegen wen und von wem er verübt wird. Die Deutschnationale Fraktion des Landtags gibt ihrer tiefsten Entrüstung gegenüber der verbrecherischen Tat Ausdruck. Wir fordern strengste Untersuchung und strengste Bestrafung der Schuldigen, aber wir verwahren uns auf das schärfste dagegen, daß politische Leidenschaft vor Untersuchung und Urteil diesem gerechten Verfahren Vorschub leisten oder zugunsten irgend-einer Partei vorzugreifen sich anmaßt.

Furchtbare Erregung im Reichstag

Berlin, 24. Juni. Vom Reichstagsgebäude wehen die Fahnen heute halbmast. Der Kellertentrat war morgens um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die geschäftlichen Dispositionen für die nächsten Tage zu beschließen, als der frühere Reichskanzler Fehrenbach erschien und mitteilte, ihm habe der Kanzler die Nachricht von der Erschießung Rathenaus mitgeteilt. Infolgedessen brach der Kellertentrat seine Sitzung sofort ab. Die Aufregung im Reichstag ist ganz beispiellos.

Berlin, 24. Juni. Die ersten Folgen der abscheulichen Tat zeigten sich bereits im Reichstag. Als der Steuerauschuß seine Arbeiten auf die Nachricht von der Ermordung Rathenaus abbrach und auch Abgeordneter Helfferich den Saal verlassen wollte, riefen ihm die Sozialdemokraten zu: „Und Sie sind der Mörder!“ In der Wandelhalle drohte es mehrfach in furchterlichem Gedränge zu einem Handgemenge zwischen der Rechten und der Linken zu kommen. Der alte General von Schoch von der Deutschen Volkspartei mußte eine Aeußerung getan haben, die der Linken mißfiel. Als er noch vor Eröffnung der Sitzung den Reichstagsaal betrat, wurde er von mehreren Sozialdemokraten, darunter Herrn Stämpfer, verfolgt. Man riß ihm die Kleider vom Leibe. Schoch suchte schließlich seine Zuflucht beim Demokratentisch. Der Kellertentrat war erneut zusammengetreten, um über die heutige Sitzung Beschluß zu fassen. Noch bis kurz vor 1 Uhr war die Sitzung nicht eröffnet, nur aufgeregte Gruppen standen im Saal wie draußen in der Wandelhalle.

Die Gleichberechtigung der Frau nach der neuen Reichsverfassung

In der Zeitschrift „Gesetz und Recht“ veröffentlicht Geh. Justizrat Dr. Konrad Bornhael, Professor der Rechte in Berlin, einen höchst bemerkenswerten Aufsatz über die Gleichberechtigung der Frau nach der neuen Reichsverfassung. Bornhael schreibt:

Die neue Reichsverfassung ist namentlich in dem Abschnitt von den Grundrechten außerordentlich reich an programmatischen Erklärungen, die zum Teil erst der näheren Durchführung im Weg der gewöhnlichen Einzelgesetzgebung harren, zum Teil sich auf bloße Redensarten beschränken. Hierher gehört auch die Gleichberechtigung der Frau. Die Frauenrechtlerinnen haben hier in der neuen Reichsverfassung außerordentliche Erfolge davongetragen. Doch diese Erfolge sind zum Teil mehr Schein als Wesen. Ausgesprochen ist diese Gleichberechtigung einmal auf privatrechtlichem Gebiet im Gemeinschaftsleben für die Ehe, und andererseits auf staatsrechtlichem in bezug auf öffentliche Rechte und Pflichten.

Der Abschnitt über das Gemeinschaftsleben beginnt im Artikel 119 mit dem Satz: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.“ Darüber, daß der erste Satz nicht mehr ist als eine bedeutungslose Redensart, kann kaum ein Zweifel bestehen. Denn selbst der größte juristische Scharfsinn wird schwerlich ermitteln können, welche rechtliche Bedeutung der besondere Schutz der Verfassung für die Ehe hat oder haben soll. Und in eigentümlichem Gegensatz zu diesem besonderen Schutz der Verfassung für die Ehe steht es doch, wenn Artikel 121 als Richtlinie für die künftige Gesetzgebung verlangt, daß den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen sind wie den ehelichen Kindern. Wenn das die Gesetzgebung überhaupt könnte, wozu wäre dann die Ehe im allgemeinen überhaupt noch da? Aber auch die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter als Grundlage der Ehe liegt auf der Grenze zwischen Redensart und programmatischer Leitlinie für die künftige Gesetzgebung, ist jedenfalls nicht unmittelbar geltendes Recht.

Das Verhältnis der beiden Ehegatten zueinander ist im wesentlichen religiös-sittlicher Natur und entzieht sich daher von selbst einer erschöpfenden gesetzlichen Regelung. Notwendig ist eine solche unbedingt für das Verhältnis der ehelichen Gemeinschaft nach außen, namentlich in bezug auf Ehegüterrecht und Erbrecht. Doch unter den Ehegatten selbst pflegen Rechtsfragen erst dann aufzutreten, wenn das religiös-sittliche Band der Ehe zerfallen ist. Nach beiden Richtungen erfordert die programmatische als Grundlage der Ehe ausgesprochene Gleichberechtigung der beiden Geschlechter eine Ausgestaltung des Eherechts im einzelnen, wie wir sie bisher nicht besitzen und auch voraussichtlich niemals erhalten werden. Denn unberührt ist der Satz des Paragraphen 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuchs geblieben, daß dem Mann die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zusteht. Nach § 1355 erhält die Frau den Familiennamen des Mannes, nicht dagegen umgekehrt zum Austausch auch der Mann den der Frau. Nach Paragraph 1356 hat die Frau das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten, während doch nach der Reichsverfassung unschlüssig den einen Tag der Mann und den andern die Frau kochen mußte. Auch das mangels eines Ehevertrags nach dem gesetzlichen Güterstand des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Vermögen der Frau dem ehemännlichen Nießbrauchs- und Verwaltungsrecht unterliegt, ist unberührt geblieben. Also die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter als Grundlage der Ehe steht in den Wolken. Es handelt sich um unverbindlichen Gesetzesinhalt, dem das bestehende Eherecht in keiner Weise entspricht.

Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts haben nach Artikel 109 der neuen Reichsverfassung Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Das wichtigste Wort des ganzen Satzes ist dabei das

Wort „grundsätzlich“, welches ihm grundsätzlich jede praktische Bedeutung entzieht. Der Satz soll eben keine unmittelbar ins Leben tretende gesetzliche Bestimmung enthalten, sondern wiederum nur einen leitenden Grundsatz, welcher der weiteren Durchführung im Wege der Sondergesetzgebung bedarf.

Von der Reichsverfassung selbst durchgeführt ist die Gleichstellung von Männern und Frauen in bezug auf politische Wahlen. Nach Artikel 22 der Reichsverfassung werden die Reichstagsabgeordneten von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Und nach Artikel 17 muß in jedem Land die Volksvertretung in gleicher unmittelbarer und gleicher Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen gewählt werden — natürlich nur, soweit sie im Land wohnen. Dieselben Grundsätze sollen für die Gemeinbewahlen gelten, also auch hier dürfen Frauen von der Wahlberechtigung nicht ausgeschlossen werden. Soweit Frauen hiernach wahlberechtigt sind, müssen ihnen auch alle politischen Rechte zugestanden werden, die mit der Wahlberechtigung zusammenhängen. Bei der Gesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid sind also Frauen ebenso beteiligt wie Männer und wie sie gleich diesen wahlberechtigt sind, so können sie auch unter gleichen Voraussetzungen wie Männer zu den politischen Körperschaften gewählt werden. Und wie die Minister nach dem parlamentarischen System meist aus dem Kreise der Abgeordneten hervorgehen, wenn auch ohne unbedingte Notwendigkeit, so wird man der Frau auch den Zugang zu Ministerstellen nicht verweigern können. Im übrigen ist es Sache des Ministers, welche Hilfsarbeiter er sich auswählt. Weibliche Ministerialbeamte sind also nicht ausgeschlossen.

Ob eine Frau zum Reichspräsidenten gewählt werden kann, ist nicht eine bloße Doktorfrage. Denn wenn es auch schwerlich zur Wahl einer Frau kommen sollte, so ist es doch von Bedeutung, ob die auf eine Frau entfallenen Stimmen von vornherein nichtig sind oder mitgezählt werden müssen. Da die Reichsverfassung grundsätzlich Männer und Frauen gleichgestellt wissen will, und die Wahl eines weiblichen Reichspräsidenten nicht verboten ist, wird man die Wählbarkeit nicht auf das männliche Geschlecht beschränken dürfen. Im übrigen ist es Sache der Einzelgesetzgebung zu bestimmen, inwieweit Frauen gleich den Männern zu Beamtenstellungen, zum Schöffen- und Geschworenendienst oder sonst als Valenmitglieder der Gerichte zugelassen werden sollen. Soweit neuere gesetzliche Bestimmungen dieser Art nicht ergangen sind, bleibt es grundsätzlich bei dem bestehenden Recht, wonach grundsätzlich die Frauen den Männern nicht gleichstehen. Soweit hiernach Frauen zu Beamtenstellungen zugelassen sind, werden nach Artikel 128 alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt. Hierher gehört namentlich die Bestimmung, daß weibliche Beamte nicht heiraten dürfen, daß ihr Beamtenverhältnis im Falle der Verheiratung erlischt oder ihr Pensionsanspruch aufhört. Solche Ausnahmestimmungen, mögen sie auf allgemeiner Rechtsnorm oder auf besonderen Bestimmungen der Anstellungsurkunde beruhen, werden durch die Reichsverfassung schlechthin und sofort beseitigt. Es handelt sich hier um unmittelbar wirksames Recht, nicht um eine bloße Anweisung für die künftige Gesetzgebung. Daher ist ein bürgerliches Gesetz für unwirksam erklärt worden, das sich gegen weibliche verheiratete Lehrkräfte richtete.

Die Springflut der Teuerung

Von einem volkswirtschaftl. Mitarbeiter

Die deutschen Beamten und öffentlichen Angestellten kommen wieder einmal nach heißem Ringen in den fragwürdigen Genuss einer Gehaltszulage. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Gewerkschaften haben dazu geführt, daß der Teuerungszuschlag zu den ersten 10 000 M Gehalt, der sog. Kopfschlag von 120 auf 160 Prozent erhöht wird. Im übrigen steigt der Zuschlag von 65 Prozent auf 105 Prozent. Allgemein steigen also die Zuschläge um 40 Prozent. Diese Erhöhungen, die rückwirkend vom 1. Juni ab in Kraft treten sollen, sind bewilligt mit Rücksicht auf die Teuerung, die nach einer kleinen Pause im Februar und April wieder dauernd und in un-

erwartem Maß zugenommen hat. Die Zuschläge sind also eine Folge, eine Wirkung der Teuerung. Wer sich aber mit dem Problem der Teuerung etwas näher beschäftigt, wird die peinliche Beobachtung machen, daß die Gehaltszuschläge wiederum auf der Anreiz neuer Teuerung sind! Die steigenden Preise seit einigen Wochen klettern in der heimlichen Erwartung neuer Kaufkraft des Publikums! Die Kreise des Mittelstands, vor allem die Beamten und Angestellten, dazu die neuen Armen, die Angehörigen der freien Berufe, alle, die arbeiten und nicht einfach schieben, haben in der letzten Zeit den Schmachtrienen abermals enger gezogen. Der Verbrauch von Fleisch wurde ganz bedeutend eingeschränkt, ebenso der von Brot, Kartoffeln und Gemüse. Das frische Obst des Sommers kann man sich kaum mehr leisten. Aber die Spekulation sagt sich, d. h. sie ahnt es: Wenn der Staat und die Gemeinden mit ihren Gehaltszulagen einen neuen Tropfen auf den heißen Stein gießen, wird der Teil des Publikums, der schon mit dem Gedanken des Boykotts spielt, wieder kaufen. So wird neue Kaufkraft zu neuer Teuerung.

Natürlich hat die endlose Schraube auch noch andere Gründe. Lassen wir einmal die wichtigste und schlimmste Ursache, die Geldentwertung infolge des Entschädigungsdrucks und der sonstigen Folgen des Versailler Vertrags beiseite und betrachten wir nur den inneren Markt: Warum wird denn dem Lebensmittelhändler und schließlich jedem Kaufmann die köstlichste und teuerste Ware nur so aus der Hand gerissen? Warum ist denn die Nachfrage überall größer als das Angebot? Weil die Verschwendungssucht derjenigen Volksschicht, die zum Unterschied von den Beamten und Mittelständlern ihre Einnahmen auf Goldparität steigern konnten, keine Grenzen mehr kennt. Dazu kommen die Umsatzsteuer, Luxussteuer und alle die vielen Gebühren, Tarife und Spesen. Das Publikum merkt es nicht. Jeder Preis wird bezahlt. Das Geld hat ja keinen Wert mehr. Wozu sparen? Wenn früher der gute Staatsbürger sich bemühte, Markt für Markt ein Vermögen aufzubauen, Alter und Familie sicherzustellen, seinen Kindern etwas zu hinterlassen, so ist gegenwärtig ein solcher Aufbau durch die Unverlässlichkeit und Unberechenbarkeit jeden Werts unmöglich geworden. Selbst wenn man alle Teppich-, Juweller- und Antiquitätenläden plündert und den letzten Winkel der luxuriös eingerichteten Wohnung vollstopft, weiß man denn, wieviel das teure Zeug, das man mit Unlumen von Papiergeld erworben hat, morgen wert ist? Dabei droht immer noch die Steuer und die Beschlagnahme. Sparen ist sinnlos geworden und so verachtet sich jeder, der mehr als das Existenzminimum hat, jeden nur irgendwie erreichbaren stüchtigen Genuss. Die Kaufkraft dieser viel erwerbenden und alles vergeudenden Preise hält die Preise hoch und treibt sie immer höher, wozu noch die auslaufende Konkurrenz des ausländischen Fremdenstroms tritt. Ein Keil treibt den anderen und die Wucherer reißen sich die Hände. Aber was werden alle Zwangsmassnahmen helfen? Ehe nicht das Uebel an der Wurzel gepackt

und auf nationalem oder internationalem Weg eine feste Währung eingeleitet wird, ist keine Aussicht, daß die jetzige Springflut der Teuerung abebbt. Die Teuerung ist im Grund keine moralische, keine strafprozeduralische, sondern eine politische Frage. Sie kann nicht durch Getreidemengen und Gehaltszulagen gelöst werden, sondern nur durch Staatskunst und Diplomatie.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Juni.

In der gestrigen Sitzung wurden zunächst wieder kleine Anfragen erledigt. Ein Regierungsvertreter erklärte auf eine deutsch-nationale Anfrage, daß sich die Kosten der Genoa-Konferenz auf rund 16 Millionen Mark ohne die Reisekosten belaufen. Dann wurde die Aussprache über die außenpolitischen Anfragen fortgesetzt.

Staatssekretär Müller führte aus, daß die Sachlieferungsabkommen gegenüber den Bedingungen des Londoner Ultimatums eine Erleichterung gebracht hätten.

Abg. Dr. Helfferich (D.N.) betonte, daß die Denkschrift des Auswärtigen Amtes ein Denkmal des deutschen Friedenswillens sei und tadelt die Art, mit der der Minister Rathenau die Drangsalierung der deutschen Bevölkerung am Rhein und an der Saar erörtert habe. Die Sachlieferungsabkommen bedeuten doch eine Mehrbelastung Deutschlands, seine Partei lehne sie daher ab. Die Erfüllungspolitik habe bisher die von der Regierung erhofften Früchte nicht gebracht. Den scharfen Worten gegen die angeordnete Finanzüberwachung habe der Reichskanzler die Tat nicht folgen lassen, im Gegenteil mit der Note vom 9. Mai sich im Gegensatz zu der Entschleunigung des Reichstags gegen die Finanzkontrolle gestellt. Helfferich behauptete:

„Das ist so haarsträubend, daß es kaum zu glauben ist,“ sagte sie erblassend.

„Jedenfalls wird sich Herr von Bidau darüber zu verantworten haben.“

„Ja er muß das wissen. — Es wäre doch möglich, daß der alte Peters ein Wort seinerseits unrichtig benutzt hat,“ meinte sie, und er merkte ihr an, daß sie hoffe, es möge so sein.

„Du gutes Kind. Aber wie dem auch sei, den Schaden habi ihr weg; welches Mittel wird sich finden lassen, die Wiese dennoch zu erreichen? . . . Das wird nämlich mit der Zeit beinahe eine Existenzfrage, Gerda.“ Sie nickte.

Ein tiefer Schatten legte sich auf ihre Züge. Die Wahrheit seiner Worte kannte sie wohl. Sie wußte auch, daß in der Wirtschaft seit einiger Zeit durchaus nicht alles so ging, wie es früher gewesen war. Herr Bremmer jagte nervös und abgespant herum, und die Einteilung und ruhige Ordnung fehlten an allen Ecken und Enden. Gestern hatte sie bei ihrem Ritt Wolf an der Lannenhöfer Grenze getroffen und mit diesem eine lange Unterredung darüber gehabt. Zum Schluß hatte er gesagt:

„Der Bidau mag als Mensch sein, wie er will, aber der ärgste Feind muß ihm lassen, daß er ein Landwirt ist durch und durch. Wenn ich jetzt nach Barnitz komme, sehe ich überall, daß seine Hand fehlt. Wenn das noch lange so fort geht, wirst du empfindliche Rückschläge in den Erträgen spüren. Der Bremmer ist ein guter, anständiger Mensch, aber seine Intelligenz reicht nicht aus, um einen solchen Fehler völlig zu übersehen. Von dir kann man ummöglich verlangen, daß du das beherrschst. Ich wundere mich oft, wieviel du weißt, und wie scharf du zu unterscheiden verstehst.“

Fortsetzung folgt.

Heimatzurzeln.

Roman von Hans von Helldorf.

51

(Nachdruck verboten)

Woll Reid hörte sie, wie Gerda allen anderen beim Abschiede dankte, weil der Tag durch sie so schön geworden sei. Ja, sie nahm sich vor, sehr unglücklich zu sein. Man hatte es doch schwer auf der Welt, zwischen Menschen leben zu müssen, die einen nicht verstanden.

Als am andern Mittag die Nachricht eintraf, daß in dieser Nacht der alte trank Peters gestorben sei, sagte Stads:

„Du weißt ich auch, weshalb mich gegen Mitternacht, wo ich die letzten Gäste in den Wagen packte, so absonderlich zumute war.“

Er war abergläubisch, wie viele alte Jäger, und bildete sich etwas darauf ein, zwischen Himmel und Erde allerlei Vorgänge zu wittern, für die andere Menschen nach seiner Meinung nicht die richtige „Nase“ besaßen.

Ja, nun war der alte Peters wirklich tot. Und er wurde zu Grabe getragen, und Pastor Haller hielt dem weisfremden Sonderling eine Grabrede, für die ihm der wackere Sohn Hermann mit Tränen der Rührung von Herzen dankte.

Einige Tage später lockte es Gerda wieder einmal ins Freie. Bei dem schönen Wetter ritt sie täglich. Diese Stunden waren für sie die schönsten am Tage.

Heute wollte sie endlich ihre Absicht ausführen, sich persönlich von dem Befinden von Frau von Bidau zu erkundigen. Die Nachrichten aus Woldenberg lauteten

immer noch ernst. Der Arzt, der auch zuweilen zu Egon kam, hatte fallen lassen, er glaube ja an eine Besserung, doch sei der Fall so schwer, daß diese nur in milderem Klima erfolgen könne.

Wie Gerda die Kastanienallee hinabritt, sah sie den Pastor sich entgegenkommen. Schon von weitem bemerkte sie die tiefe Verstimmung, die auf seinem ihr so lieben Gesicht lag.

„Wohin willst du?“ fragte er mit dem gütigen Lächeln, das heute nicht recht gelingen wollte.

Sie sagte ihm, was sie vorhabe.

Da sagte er nach den Zügeln des Pferdes und schüttelte den Kopf.

„Eben deshalb komme ich. Ich bin schwer mit mir zu Rade gegangen, ob ich euch volle Klarheit einschicken soll. Der Woldenberger hat euch einen Streich gespielt, der den Mann für euch vollständig unmöglich macht. Denke dir, gestern war ich bei Hermann Peters, da hoffte ich, mit dem verständigen Menschen die leidige Bleichenangelegenheit endlich ins reine zu bringen. Da mußte ich zu meinem maßlosen Erstaunen vernehmen, daß der Alte die Bestimmung getroffen hat, die Wiese dürfe niemals verkauft werden. Und um mich von der Richtigkeit zu überzeugen, holte er das Testament und gab es mir zu lesen. Ich habe mir die betreffende Stelle abgeschrieben. Sie lautet: Das Stück Wiese am Fluß, auf dem ich kontraktlich Weinwand bleichen kann, und was meinem Vater zu diesem Zweck im Jahre 1850 von Herrn von Barnitz geschenkt wurde, darf nicht verkauft werden. Wer den Bauernhof hat, muß dieses Wiesenstück mit übernehmen. Das wird für einige Leute ein Kerger sein, doch habe ich ein ganz ruhiges Gewissen, da auch Herr von Bidau mir geraten hat, es nicht fortzugeben. Wenn man mir dieses nicht glaubt, so kann man ihn ja selbst danach fragen.“

„Was sagst du dazu, Gerda?“



lei unter ungeheurer Wärm der Vinken, das Deutsche Volk sei von der Regierung in unerhörter Weise getäuscht worden über das, was sie dem Feind bis auf die Staatshoheit hinaus preisgegeben habe. Das deutsche und das französische Protokoll über die Abmachungen mit der Entschädigungskommission weisen inhaltlich einen ganz verschiedenen Text auf und zwar enthalte das französische Schriftstück viel schärfere Bestimmungen über die Finanzüberwachung usw. als das deutsche, das dem Volk bekannt gegeben wurde. Erfrage nun, welcher Text der richtige sei. Diese Regierung gehöre vor den Staatsgerichtshof.

Abg. Stöcker (Komm.) bezeichnete die Behandlung der Bevölkerung am Rhein und Saar als einen Bruch des Völkerrechts, er mache aber die kaiserliche Kriegspolitik dafür verantwortlich. Abg. Sollmann (Soz.) greift Hefflerich an. Wenn Hefflerich nur 8 Tage die Politik leiten würde, wären Saargebiet und Rheinland für Deutschland verloren. Auch Abg. Korrell (Dem.) griff den Abg. Dr. Hefflerich scharf an; seine Partei betrachte die Gewährung der äußeren Anleihe als Voraussetzung der eingegangenen Verpflichtungen. Er forderte eine Abkehr von der unzulässigen Tarifpolitik des Verkehrsministers Gröner.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte, seit dem Londoner Ultimatum sei tatsächlich eine Erleichterung in den deutschen Leistungen eingetreten, die Hefflerichs Politik nicht erreicht hätte. Die Regierung werde die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee weiterführen und erhoffe ein Ergebnis, das ganz Europa eine Politik der Geländung und der Sachlichkeit ermöglichen. Bei den Protokollen gelte der Vorbehalt: Die deutsche Hoheit darf nicht angetastet werden, keine Störung des geregelten Gangs unserer Verwaltung und keine Verletzung des Steuergeheimnisses. Abg. Dr. Beder (D.Vp.) bedauert, daß man von der Regierung keine ziel- und richtunggebende Erklärung gehört habe, was sie angesichts der furchtbaren Gewaltpolitik, die unserem Volk gegenüber angewendet werde, tun wolle. Die Denkschrift der Anleihekommision biete für unsere Politik eine ganz neue Grundlage, auf der die Regierung die Parteien im weiteren Rahmen nach rechts und links zusammenführen könnte, wodurch sie größere Erfolge als bisher erzielen würde. Abg. Crispian (Unabh.) bedauert, daß die Regierung sich nicht über ihre innere Finanz- und Steuerpolitik ausgesprochen habe, die die Entschädigungsleistungen ermöglichen sollte.

Darauf wurden die Sachlieferungsverträge in 2. und 3. Beratung gegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten angenommen.

Aus dem Reich

Die Getreideumlage im Ausschuss abgelehnt.

Berlin, 25. Juni. Der Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft hat den Gesetzentwurf der Getreideumlage und die verschiedenen Abänderungsanträge abgelehnt. In Zentrumskreisen bemüht man sich, eine Verständigung auf der Grundlage herbeizuführen, daß landwirtschaftliche Betriebe bis zu 10 Hektar von Umlage befreit werden und daß Betriebe bis 20 Hektar die Vergünstigung haben sollen, daß 5 Hektar frei bleiben.

Die Polen in Kattowitz

Breslau, 25. Juni. Nach dem Einzug der Polen in Kattowitz wurden sofort alle deutschen Beamten, die in polnische Dienste eingetreten waren, ihrer Stellen enthoben. Die polnische Sprache wurde als alleinige Amtssprache erklärt. (Kattowitz ist zu drei Vierteln deutsch.)

Die Klassenjustiz im Sowjetstaat

Berlin, 25. Juni. In Moskau findet gegenwärtig ein Prozeß gegen eine Anzahl von Angehörigen der Sozialrevolutionären Partei (etwa der Sozialdemokratie in Deutschland entsprechend, D. Schr.) statt, die von der herrschenden bolschewistischen Partei beschuldigt werden, einen Anschlag gegen die Sowjet Herrschaft geplant zu haben. Da es um Kopf und Kragen geht, haben die Beschuldigten sich für den Prozeß des Bestands auswärtiger Rechtsanwälte sozialistischer Richtung versichert. Darunter befinden sich der frühere Minister Vanderoelde in Brüssel und die Verteidiger Liebnecht und Rosenfeld in Berlin. Die beiden letzteren sind gestern unverrichteter Dinge aus Moskau zurückgekehrt. Sie berichten in den Blättern, zu Beginn des Prozesses sei von dem Vorsitzenden sofort bekannt gegeben worden, daß es sich um einen Klassengerichtshof handle, der auch Klassenjustiz üben werde. Das in Berlin getroffene Abkommen, daß ein geordnetes Rechtsverfahren statt haben werde, auf Grund dessen sich einige im Ausland befindliche Beschuldigte dem Gericht gestellt hätten, wurde für null und nichtig erklärt. Die beiden Verteidiger kamen durch das Aktenmaterial zu der Ueberzeugung, daß die Beschuldigung unhaltbar sei, trotzdem sei kein Zweifel, daß die Angeklagten zum Tod verurteilt werden. Da unter diesen Umständen eine Verteidigung zwecklos sei, haben sie es vorgezogen, Moskau zu verlassen.

Vom Ausland

Deutsche Sklovenarbeit für Frankreich

Paris, 25. Juni. Das „Echo de Paris“ tritt dafür ein, daß das Wiesbadener Abkommen noch vor Schluss der Parlamentstagung Mitte Juli bestätigt werde. Seit dem 1. Januar seien von den französischen Beschädigten nur Aufträge im Werte von 5 Millionen Goldmark an Deutschland gegeben worden. Es wäre interessant, zu erfahren, was im Ausland für den Wiederaufbau auf Kosten der französischen Finanzen bestellt worden sei. Auch für die Heranziehung deutscher Arbeiter tritt das Blatt ein. Das Gefühl sträube sich dagegen, aber es handle sich darum, daß die Deutschen eben jene Arbeiten ausführen müssen, die im Altertum die besiegten Völker für ihre Sieger verrichten mußten.

Wassenschmuggel nach Frankreich

Paris, 25. Juni. Die Zollverwaltung hat festgestellt, daß aus Belgien und England, zum Teil in Flugzeugen, größere Mengen Waffen geschmuggelt worden sind.

80 Milliarden an England bezahlt

London, 25. Juni. Im Unterhaus teilte Schatzminister Horne mit, daß England bis 31. Mai d. J. an Barzahlungen durch die Entschädigungskommission und den (Schleuder-) Verkauf der ehemaligen deutschen Schiffe, aus Lieferungen von Farbstoffen gemäß dem Friedensvertrag und einschließlich der 20prozentigen Entschädigungszölle auf deutsche Waren (nicht zu verwechseln mit der allgemeinen Abgabe auf deutsche Ausfuhrgegenstände in gleicher Höhe) die Summe von 37 189 206 Pfund Sterling erhalten habe. (Das ist nach dem Durchschnittsurs des letzten Halbjahrs ein Betrag von etwa 80 Milliarden Mark.)

Württemberg

Stuttgart, 25. Juni. Postmarder. Der Oberschaffner Friedrich Badert hier hat seit April 1920 auf der Straße Karlsruhe—Stuttgart die Postpäckchen geraubt. Erst im Frühjahr 1922 wurde er erwischt. In seiner Wohnung fand man Gegenstände im Wert von etwa 74 000 M. Badert wurde von der Strafkammer zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Seine Frau, zwei Töchter und einen Sohn sowie eine Nachbarin und deren Sohn trafen empfindliche Geldstrafen.

Payerstraße. Der Stuttgarter Gemeinderat hat beschlossen, die nächst der Heimstraße auf der Gänsebrücke gelegene Straße anlässlich des 75. Geburtstags des Geheimrats von Payer Payerstraße zu benennen.

Gegen das Schnellfahren. Um dem Unzug der rasenden Fahrt durch die Straßen, worin sich besonders die Motorräder hervortun, zu steuern, wird die Polizeidirektion eine besondere Verkehrstruppe einrichten und die Straßen verschärfen.

Durcharbeit bei den Banken. Infolge einer Anregung des Tarifamts sind die Banken Stuttgarts bereit, für die Monate Juli, August und September die durchgehende Arbeitszeit einzuführen.

Neufeldlein M. Crailsheim, 25. Juni. Schwere Unfall. Der Landwirt Friedrich Lehr in benachbarten Röhndorf wurde beim Grassmähen durch Scheuen der Pferde vom Sitz der Maschine geworfen und von dieser so über zugerichtet, daß er schwerverletzt ins Krankenhaus nach Dinkelsbühl verbracht werden mußte. Die Nase und ein Ohr wurden ihm weggerissen und der Unterkiefer gebrochen.

Die Leiche des seit einigen Tagen vermißten Mehrgemeisters Banzhaf ist bei Günzburg aus der Donau gelandet worden.

Hochberg bei Zwielfalten, 24. Juni. Zündender Blitz. Bei einem heftigen Gewitter schlug der Blitz in die Scheuer des Dominikus Schmid, die vollständig niederbrannte. Eine hochwertige Drehmaschine und sonstige landwirtschaftliche Maschinen verbrannten. Das Vieh konnte gerettet werden. Da zurzeit das Wirtschaftsamt umgebaut wird, war sämtliche Fahrnis in der Scheuer untergebracht und ist mitverbrannt.

Alm, 25. Juni. Vom Rathaus. Oberbürgermeister Dr. Schwammberger wird dem Gemeinderat eine Vorlage zugehen lassen, wonach nach der Verstaatlichung der Polizei und der fortschreitenden Verstaatlichung der Schule die Gemeinderatsabteilungen für Polizei- und Schulwesen, sowie diejenige für Landwirtschaft aufgehoben werden sollen, es beständen also nur noch die Abteilung für Bauwesen, innere Verwaltung und Sozialwirtschaft. Ebenfalls aus Ersparnisgründen wird der Straßenbahnbetrieb auf den 12-Minutenverkehr (bisher 6 Minuten) eingeschränkt. Dadurch werden 40 Arbeiter entbehrlich und der Straßenbahnsehlbetrag, der sonst 4 Millionen betragen hätte, läßt sich um mehr als 3/4 Millionen auf 710 000 M. vermindern. Den entlassenen Arbeitern wird ein Monatsgehalt ausbezahlt und eine Kleidergarantie mitgegeben. — Die Verpflegungsfälle in den städt. Krankenhäusern wurden um die Hälfte erhöht und betragen jetzt in den drei Klassen 152, 81 und 77 M.

Binsberg M. Gerabronn, 24. Juni. Blitzschlag. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in die 1914 erbaute Scheuer des Gutsbesitzers Böllm und zündete. Neben Maschinen und sonstigem Fahrnis ist auch viel Stroh verbrannt.

Der Siebenschläfertag am 27. Juni ist einer der gefürchtetsten „Wettertage“ des Jahres. Wenn es da regnet, dann soll es weiter 7 Wochen lang regnerisch bleiben. Nach den Wetteraufzeichnungen der letzten Jahrzehnte ist es aber auch schon ganz anders gekommen. Oft ist auf einen Regentag am 27. Juni der Regen späterhin ausgeblieben und umgekehrt folgten auf einen schönen Siebenschläfertag trübe Wochen.

Gegen die Holzverschwendung. Von sachverständiger Seite wird wiederholt davor gewarnt, in Laubholzwaldungen zur Sommerzeit, wo die Bäume im vollen Saft stehen, Fällungen vorzunehmen. Das „grüne“ Nugholz ist, abgesehen davon, daß es leicht fault, kaum zu verwenden, frisches Brennholz aber hat nur geringen Heizwert, der in gar keinem Verhältnis zu den Anschaffungskosten steht. Anstatt mit der Brennstoffquelle des Waldes möglichst sparsam umzugehen, werden dem Wald neben den gewaltigen Ablieferungen an die Entente jetzt Leistungen zugemutet, wie wenn er unererschöpflich und unverwundlich wäre. Jede Störung des forstwirtschaftlichen Grundgesetzes, nur den jährlichen Zuwachs zu nutzen, rächt sich unsehbar, wie so manche Privatmeldungen zeigen, die unter mehrjähriger Holzauflage standen. Selbst wenn man alles Nugholz als Brennholz verwenden würde, könnte der Wald nicht mehr als 5 Prozent der Brennstoffkraft der deutschen Kohlenförderung liefern. Die ganze Brennholzsteuerung ist unwirtschaftlich. In unserer Brennstoffnot gibt es nur einen Ausweg: Den Schrei nach mehr Kohle und das Verlangen an das Reich, für unser Land endlich die Mengen Kohlen zu beschaffen, auf die es billigerweise Anspruch erheben kann.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 24. Juni.

In der heutigen 135. Sitzung wurde auf Antrag Bazille zuerst das Haushaltsnotgesetz in allen drei Lesungen angenommen und sodann das Wohnungsabgabegesetz, Polizeibeamten- und andere Geseze in die Ausschüsse verwiesen. Die 1. Lesung bei diesen Gesezen findet ausnahmsweise später statt. Die 1. Beratung des Grund-, Gebäude- und Gewerbeabgabegesetzes wurde zu Ende geführt und das Gesetz dem Steueraussschuß überwiesen. Der Entwurf fand Anerkennung bei den Abgeordneten A. Müller (SB), der aber seiner Fraktion die endgültige Stellungnahme vorbehielt, bei Scheef (D.Vp.), der den Entwurf als einen bedeutenden Fortschritt kennzeichnete, desgleichen beim Abg. Köhler (Zr.), der den Gesetzentwurf als eine gute Grundlage zur Weiterberatung bezeichnete. Abg. Winkler (Soz.) behielt seiner Partei Abänderungsanträge und die endgültige Stellungnahme vor. Abg. Müller (Komm.) lehnte den Entwurf ab. Abg. Reeber (USP) wollte wenigstens daran mitarbeiten. Das neue Diätengesetz wurde ohne Aussprache angenommen.

Als die Ermordung Rathenaus bekannt wurde, fand Präsidant Walter Worte des Abscheus gegen das Verbrechen und warmer Teilnahme an dem Schicksal des Ermordeten, zu dessen ehrendem Andenken das Haus sich erhob. Nächste Sitzung unbestimmt.

Gemeinnütziges

Das Waschen des Gemüses soll erst geschehen, wenn man es für die Küche oder Tafel zubereitet. Kartoffel, weiße Rüben, gelbe Rüben, Sellerie usw. verlieren ihren eigentümlichen Geschmack schnell durch das Wasser. Bringt man im Sommer Blumenkohl und andere Kohlsorten in Berührung mit Wasser, so verdirbt dieses die Pflanzen schnell und

nimmt ihnen Frische und Wohlgeschmack. Noch schlimmer ist es mit den Salatarten. Das Waschen soll nur unmittelbar vor der Zubereitung geschehen, alles Wasser dann durch das Abschütteln und Schwingen in einem Rehbüschel oder einer Serviette entfernt werden. Je frischer aus dem Boden, desto feiner schmeckt der Salat. Nichts verdirbt den Wohlgeschmack mehr und macht auch den Salat schneller schaal, als wenn Wasser daran hängt. Ist der Salat tadellos rein, so bereitet man ihn am besten ungewaschen.

Falsche Kapern. Die vor dem Ausbrechen gepflückten Blütenknospen des Holunders, des Befenginiters, der Dotterblume und Kapuzinerkresse kommen nicht selten als „falsche Kapern“ in den Handel. Man kocht sie mit Essig und Salz einmal auf und läßt sie dann rasch abkühlen. Sie sind etwas weniger pikant als echte Kapern.

Aus der Heimat.

Landes-Kurtheater. Heute abend kommt Schubert-Berle's klassische Operette „Dreimäderlhaus“ zur Aufführung. Als Ausnahme-Befugung der Rolle des Piccolo Schani ist die 6-jährige Traute Rypinski, die kleine Tochter des Kapellmeisters vorgelesen. Traute Rypinski ist den hiesigen Theaterbesuchern kein fremder Gast mehr und wird, wie bisher, die größte Bewunderung auch in dieser Rolle hervorrufen.

Tanz-Abend der Schule Herion. Am kommenden Donnerstag, den 29. Juni abends 8 Uhr veranstaltet die Schule Herion aus Stuttgart mit ihrem Meister-Ensemble einen Tanz-Abend im hiesigen Kurfaal. Die Schule Herion gehört zu den modernsten und eigenartigsten Instituten für Bewegungskunst und nimmt eine führende Stellung ein. Sie ist schon in den bedeutendsten Städten Deutschlands (Berlin, München, Köln, Frankfurt etc.) mit hervorragendem Erfolg aufgetreten und nach ihrem letzten Gastspiel in Baden-Baden schrieb die dortige Presse, daß die Vorstellung zu dem Schönsten und Besten gerechnet werden müsse, das man je auf einer dortigen Bühne gesehen habe. Viehnlich begeisterte Besprechungen liegen auch aus den anderen Städten vor und man darf wohl annehmen, daß der bevorstehende Abend einen hervorragenden künstlerischen Genuß gewährt wird. — Eintrittskarten an der Kasse des König-Karl-Bads.

Künstler-Abend. Die beiden Künstler, die uns am vergangenen Donnerstag mit ihren Darbietungen erfreuten, haben wohl noch selten vor einem so leeren Saal gespielt wie in Wildbad. Wenn es auch wenig Zuhörer waren, so waren es doch lauter warme Musikfreunde, und so war der Kontakt zwischen Künstler und Publikum bald hergestellt. Das ist vor allem das Verdienst von Prof. Kessifoglou, der vom ersten Ton an zu fesseln wußte. Mit seinem nuancereichen Anschlag vermochte er alle Kraft und Zartheit, Wehmut und Freude an Beethovens S-dur-Sonate op 110 hervorzubringen. Auch das Nocturno und die Mazurka von Chopin wurden mit ihrem Stimmungsgehalt fein wiedergegeben, während man in den Etüden die meisterhafte Technik bewundern konnte. Alle diese Vorzüge kamen in den listigen Kompositionen Liebestraum und Eroica erneut zur Geltung. Wie hier der Anschlag vom innigsten Legato bis zu den glänzendsten Akkorden wechselte, wie eine sieghafte Technik alle Schwierigkeiten überwand und den Weg frei machte zur Herausarbeitung der musikalischen Gedanken, das anzuhören war ein Genuß. Herr Kommerzfänger Hermann Weil überraschte durch seine große Stimme, die den Kurfaal mühelos zu füllen vermochte. Leider klingte sie hin und wieder etwas hart, so daß manche Feinheiten verloren gingen. Doch entschädigte der Sänger reichlich durch die reine und deutliche Aussprache. Lieder von Wolf und Strauß bildeten den Anfang. Sie fanden in ihrer wehmütigen Art eine vorzügliche Wiedergabe. Eine besondere Freude machte uns der Sänger mit den Liedern von Haile. Ist ihre Schreibweise auch noch etwas konventionell, so sind sie doch wahr empfunden. Und echt und wahr empfunden wurden sie auch vorgetragen. Der (etwas gekürzte) Prolog aus Pajazzo gab dem Sänger noch einmal Gelegenheit, seine reichen Stimmittel zu zeigen. Daß Herr Prof. Kessifoglou ein vorzüglicher Begleiter war, braucht kaum gesagt zu werden. Die kleine aber auserlesene Zuhörerschaft dankte durch reichen Beifall, der noch je eine Zugabe hervorrief. Es sei aber darauf hingewiesen, daß die große Mühe, die sich die Badverwaltung mit den Musikabenden gibt, durch zahlreicheren Besuch belohnt werden sollte. H. B.

Tanz-Abend im Kurfaal. Man muß wirklich gestehen, daß die Badverwaltung in ausgiebigem Maße für die Unterhaltung der Kurgäste sorgt. Künstlerabende erfreuen die Musikfreunde, das Kurtheater heißt die Vergnügten und für die Jünger Verpfichtes sind die Tanzabende eingeführt, die unter der Leitung von Tanzmeister Rolf Singer einen bedeutenden Aufschwung genommen haben. Sie erfreuen sich deshalb auch eines wohlverdienten guten Besuchs. Bald sind die Tische in den Seitengängen des großen Kurfaales besetzt, und die Kellner eilen mit Bowlenläubeln geschäftig hin und her. Auch die Tribünen füllen sich mit Zuschauern, die sich an den teils prachtvollen und eigenartigen Toiletten erfreuen. Nun ertönen die ersten Klänge des vorzüglichen Orchesters und schon schweben einzelne Paare durch den Saal. Bald folgt ein Walzer und mancher ältere Herr fühlt sich noch jung genug, um sich mitzudrehen. Wie kann man auch sitzen bleiben! — Nun folgt ein Vortanz von Tanzmeister Singer mit Gemahlin. Es ist ein Shimmy, in neuester Form getanzt. Alles bewundert die vorzügliche Haltung und die vorbildliche Ruhe und Sicherheit. Leicht und elegant, wie getragen von der Musik, schwebt das Paar dahin; und dennoch werden alle Schritte exakt ausgeführt. Nur eine ausgebildete Technik, beherrscht von musikalischem Empfinden, vermag das zu erreichen. Lauter Beifall ertönt, denn es ist das erste Mal, daß Wildbad ein solches Tänzerpaar beherbergt, hoffentlich aber dafür für längere Zeit. Nun beginnt das allgemeine Tanzen wieder, und Mancher bemüht sich, das was er gesehen hat, nachzumachen. Wenn es auch nicht Jedem gelingt, so schweben doch manche Paare vorüber, denen das Auge gerne folgt. Gewöhnlich erfährt man dann, daß es Schüler des Tanzmeisters sind. So lohnt sich ein Besuch der Tanzabende

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt. Die Konfektionsfabriken die Hauptmarkt (auch helle Kirchen) vom Markt weg, teilweise in den Marktbeginn aufhauen, ein Anlauf, der bei Kleinhandel wie beim Publikum Mergernis erregt. Die Früheren geben zu Ende; die mittelfrühen Strohles, Marian, Möbinger, uniere besten Einmachtkirschen und die sog. Schöden, die begehrtesten am Verkaufstand, sind jetzt an der Reihe. Von Baden kommt nichts herein; dort scheint kein Brennverbot zu herrschen, die Schnapsbrennereten holen dort offen die schönsten Kirchen weg. Die ersten Heidelbeeren kosteten im Kleinverkauf 14 M; sie fanden trotz dieser unerhöht hohen Preise Abnehmer. — Der Gemüsemarkt ist sehr reich mit Salat, Treibharotten, Gelbrüben, Zwiebeln, Kohlrabi und Abbarber besetzt. Die ersten Anbohen wurden im Großhandel zu 23 M, im Kleinhandel zu 30 M angeboten. Die Marktfrage ist ruhig.

Preisermäßigung für Meißt. Der Verband der Meißtstoffabrikanen hat den seit 3. Mai d. J. bestehenden Aufschlag abermals um 30 Prozent erhöht.

Das erste Kirchenbild

Der Schmuck des Gotteshauses ist jahrhundertlang die wichtigste Aufgabe der Kunst gewesen und hat die herrlichsten Meisterwerke des Mittelalters und der Renaissance hervorgebracht. Die Verschönerung der christlichen Kirchen durch Bilder war durchaus nichts Selbstverständliches; das alte Gebot, daß sich der Mensch kein Bild machen solle von seinem Gott, herrichte auch noch in der Frühzeit des Christentums, und erst allmählich hat man dieses strenge Verbot aufgegeben. Die Aufstellung des ersten Kirchenbilds war jedenfalls eine große Kulturliste, deren weitreichende Folgen wir noch heute verspüren. Welches war nun dieses erste Kirchenbild? Darauf gibt Prof. J. Wittig in einem Aufsatz der „Deutschen Revue“ die Antwort. Es ist in Rom geschaffen worden, und zwar ist das erste Kirchenbild die Christus-Darstellung an der Apsis der Laterankirche. Die Lateran-Basilika wurde als Erinnerungsdenkmal zum Dank für den Sieg Konstantins des Großen über Maxentius erbaut, der zugleich den Sieg der christlichen Religion brachte. Christus, in dessen Zeichen der Sieg erkämpft war, galt als der eigentliche Triumphator, und wie die Laterankirche der erste ebendlandische Kirchenbau, so muß auch dies Christusbild das erste Kirchenbild sein. Aber früher stand dieser Annahme die Tatsache entgegen, daß das Apsis-Mosaik die mittelalterlichen Heiligen Franz von Assisi und Antonius von Padua zeigt und daß sich als Schöpfer des Bildes ein mittelalterlicher Meister inschriftlich nennt: „Johannes Toriti, der Moser, hat dies Werk geschaffen.“ So hielt man dem das Werk der Laterankirche für eines der vielen mittelalterlichen Mosaiken und dachte nicht daran, daß es sich hier um eine altchristliche Arbeit handeln könnte. Erst durch die Forschungen Wiperis, der die Kenntnis der frühchristlichen Mosaiken in seinem Werk auf eine ganz neue Grundlage stellte, ist festgestellt worden, daß das Mittelstück des Mosaiks, das Brustbild Christi, aus dem altchristlichen Apsis-Mosaik ziemlich unversehrt in das mittelalterliche Werk übertragen wurde, weil man an eine wunderbare Entstehung dieses Christusbildes glaube und seine Zerstörung scheute. Aber auch die übrige Komposition ist im wesentlichen eine getreue Wiedergabe des altchristlichen Bildwerks, und glücklicherweise ist vor seiner Zerstörung bei den baulichen Veränderungen unter Leo XIII. von dem Altmeister der christlichen Archäologie de

Roßi eine gewissenhafte und vorzügliche Nachbildung des Bilds genommen worden. Auf Grund dieser Uebersetzung ist es möglich, das erste Kirchenbild in seiner ursprünglichen Form wiederherzustellen.

Der Meister des ersten Kirchenbilds hat bereits die Zusammenfassung in verschiedenen Zonen durchgeführt, die die ganze christliche Vorstellungswelt wesentlich beeinflusste und die Kirchenbildkunst bei Raffael und über ihn hinaus bestimmte. Das Mittelbild mit der Christus-Darstellung beherrscht das Ganze. Ueber ihm, das von zwei oder vier Engeln umgeben war, muß die Hand Gottes sichtbar gewesen sein, die die oberste Zone, das Reich des unsichtbaren Gottvaters, andeutete. Von dem Christusbild schwebt nieder zur zweiten Zone die Taube als Symbol des heiligen Geistes; von ihr geht eine Strahlenflut aus, in deren Licht ein Triumphkranz sichtbar wird. Von der Höhe eines Berges, auf dem das Kreuz steht, fließen die vier Paradiesströme, die die vier Evangelien bedeuten. Auf der blumenreichen Au zur Rechten und Linken des Berges stehen die großen Heiligen des christlichen Altertums, Maria und Johannes, Petrus und Paulus, Johannes und Andreas. Auch die Idee des Weltgerichts war bereits auf diesem ersten Kirchenbild angedeutet. Aus seiner Anlage hat sich das mittelalterliche Weltgerichtsbild entwickelt, und es ist auch die unmittelbare Vorlage für die „Disputa“ Raffais. So führt vom Anbeginn der christl. Kunst ein direkter Weg bis zu ihrem Höhepunkt.

Wirtschaftliche Wochenschau

Geldmarkt. Die Geldknappheit im Inland macht große Fortschritte. Alle Kreditinstitute werden mit Darlehensgesuchen und sonstigen Anträgen um Kreditbewilligung aus der Geschäftswelt förmlich überlaufen, obgleich die Zinsenlast allmählich 10 Prozent übersteigt. Die Banken sind sehr zurückhaltend, Geld ist schwer zu bekommen. Der Zinsfuß dürfte bald weiter steigen. Die Devisenkurse haben sich im Vergleich zur vorigen Woche nicht übermäßig verteuert. Der Dollar ist von 320 auf 326 gestiegen. Im einzelnen kosteten 100 deutsche Mark am 22. Juni in Zürich 1,60 (am 15. Juni 1,685) Franken, in Amsterdam 0,79 (0,825) Gulden, in Kopenhagen 1,47, (1,52) Kronen, in Stockholm 1,20 (1,26) Kronen, in Wien 4,95 (5,095) Kronen, in Prag 1,592 (1,700) Kronen und in New York 0,305 (0,52) Dollar.

Börse. Die Wertschwankungen des Dollars haben in dieser Berichtswoche den Börsen die Orientierung gestört und eine starke Unsicherheit ausgebreitet. Die Tendenz war daher im allgemeinen uneinheitlich, obgleich ihr ein fester Charakter nicht ganz abzuspüren war. Kleine Umläufe charakterisierten den Gang des Geschäfts, das unter der Zurückhaltung der berufsmäßigen Spekulation zu leiden hatte. Die glänzenden Bankabschlüsse mit ihren hohen Dividenden und phantastischen Umsatzziffern übten verhältnismäßig wenig Anregung aus. Am lebhaftesten war nach der Freireise.

Produktenmarkt. Die wilde Haufe der vorigen Woche hat sich auch in den letzten acht Tagen fortgesetzt. Weizenmehl ist jetzt schon über 2400 M pro Doppelpennner gestiegen und hat damit seinen früheren höchsten Stand bei weitem überschritten. Auch die anderen Produktensorten weisen nachgerade österreichische Preise auf. Am 22. Juni notierten in Berlin Weizen 805—820 (mehr 60—70), Roggen 598—605

(mehr 50), Sommergerste 710—720 (mehr 50), Hafer 525 bis 638 (mehr 20), Mais 548—555 (mehr 40) M. Die Heu- und Strohpreise in Stuttgart sind auf der letzten Landesproduktentbörse abermals erhöht worden, Heu auf 600—620 (mehr 20), Stroh auf 250—270 (mehr 10) M per Doppelztr.

Warenmarkt. Auch hier dauert die Haufe an. Die Spitze hält immer noch die Textilindustrie. Auf der letzten Industrie- und Handelsbörse in Stuttgart sind die Baumwollgarne um 40 M das Kilo, Baumwollgewebe um 7—8 M der Meter gestiegen. Auch Häute- und Lederpreise sind wieder emporgeschritten. Von Kohlen und Eisen braucht man es schon gar nicht mehr zu versichern, weil es jeder weiß. Statt des Preisabbaus kommt jetzt allmählich der Käuferstreik, den die Lage des ordentlichen Geschäftsmannes immer unerträglicher gestaltet, weil er seine eigene Kaufkraft schwächt zu einer Zeit, in der der Kaufmann ohnehin nicht weiß, wie er sich auf den Herbst einrichten soll.

Viehmarkt. Konsumrückgang auf der einen, Haufe auf der anderen Seite. Auf den letzten würt. Märkten kosteten Milchschweine durchschnittlich 2500 M, Arbeitsschfen 35 000 bis 40 000 M, Kälberkühe 35 000—38 000 M, Milchkühe 22 000—27 000 M, Kalbinnen 29 000—32 000 M. Die Schlachtpreise steigen gleichfalls fortgesetzt. Schweinefleisch kostet jetzt in Stuttgart 65 M das Pfund im Baden.

Holzmarkt. Brennholz ist rarer als Geld. Schnittware und Langholz sind eher zu haben, eher sehr teuer.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 24. Juni 348,60 Mark.

Weinpreise in der Pfalz. Der Wingerverein Deidesheim ließ am 13. Juni etwa 48 000 Liter 1921er Weißweine zum Ausgebot bringen. Abgegeben wurden 37 000 Liter. Je 1000 Liter ergelsten: Deidesheimer Erdner 154 000 M, Ruppertsberger Reiterpfad 135 000 M, Deidesheimer Herrgottsader 176 000 M, Ruppertsberger Kreuz 170 000 M, Ruppertsberger Einfeldbusch 159 000 M, Ruppertsberger Reiterpfad 148 000 M, Deidesheimer Kirchberg 177 000 M, Deidesheimer Tal 181 000 M, Deidesheimer Forster Straße 170 000 M, Deidesheimer Walschöble 161 000 M, Ruppertsberger Ruffien 159 000 M, Deidesheimer Weibach 171 000 M, Ruppertsberger Hofstüdt 181 000 M, Ruppertsberger Kreuz 160 000 M, Ruppertsberger Weibsch 181 000 M, Forster Altenberg 175 000 M, Deidesheimer Buschweg 177 000 M, Deidesheimer Schenkbühl 180 000 M, Deidesheimer Vogelsang 191 000 M, Ruppertsberger Raff 192 000 M, Deidesheimer Herrgottsader 200 000 M, Deidesheimer Weibschöble 200 000 M, Deidesheimer Herrgottsader 189 000 M, Ruppertsberger Spieß 200 000 M, do. 196 000 M, Ruppertsberger Hofstüdt 201 000 M, Forster Walschöble 201 000 M, do. 219 000 M, Deidesheimer Schafschöbl 200 000 M, Ruppertsberger Einfeldbusch 211 000 M, Deidesheimer Schafschöbl 241 000 M, Ruppertsberger Hofstüdt 211 000 M, Deidesheimer Weibschöble 240 000 M, Deidesheimer Einfeldbusch 280 000 M, Deidesheimer Weibschöble 301 000 M. Erlös: 6 847 000 M. 11 Nummern gingen zurück.

Viehmarkt Winnenden, 24. Juni. Dem letzten Viehmarkt waren 200 Stück Rindvieh aller Gattungen zugeführt. Handel und Verkauf waren bei außerordentlich hohen Preisen lebhaft. Bezahlt wurde für einen Ochsen 28 000 M, für ein paar Silere 48 000 M, für einen Junglamm 18 000 M für tragende Kalbinnen 28 000—35 000 M und für Schmalvieh 6000—12 000 M. — Der Schweinemarkt war mit 145 Milchschweinen besetzt, der Preis für das Stück bewegte sich zwischen 1900—2000 M.

Aufforderung zur Zahlung der Wohnungs-Abgabe für 1921.

Die Abgabe für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 ist in ihrem ganzen Betrage zur Zahlung fällig und es werden die Gebäude-Eigentümer und sonstige Abgabepflichtigen, welche mit der Entrichtung noch im Rückstande sind, zur Zahlung der Abgabe an die Stadtpflege bis längstens 15. Juli ds. Js. aufgefordert.

Ebenso ergeht an die noch im Zahlungsrückstande befindlichen Mieter bzw. Untermieter Aufforderung zur Zahlung ihres Abgabe-Anteils an ihren Haus-Eigentümer, bei Unternehmern an den Vermieter bis längstens 12. Juli ds. Js. und es haben die Hauseigentümer bzw. Vermieter ihren Mietern, soweit noch nicht geschehen, von dem die Mieter treffenden Abgabe-Anteil alsbald Mitteilung zu machen.

Gesuche um Befreiung von der Wohnungs-Abgabe aus persönlichen Gründen können noch bei der Gemeindebehörde-Steuern-Ratschreiberei Rathaus Zimmer Nr. 8 eingereicht werden und es wird über die Voraussetzungen zur Befreiung und über alles Weitere auf die Bekanntmachung im Wildbader Tagblatt vom 22. Mai 1922 Nr. 118 oder auf den Anschlag am Rathause hingewiesen.

Wildbad, den 23. Juni 1922.

Stadtschultheißenamt.

Kopfschmerzmittel
mit **Deut**



erschäftlich bei:
Stadt-Apothek.

Wir liefern
Wäsche - Aussteuer
auch
einz. Leib- und Hauswäsche
Berufs- und Arbeiterkleidung
noch billig, an sichere Leute
auch geg. bequeme Abzahlung.
Reichhaltige Preisliste gratis gegen
2 M. Rückporto.

F. OLDEHUS
Neumünster i. Holst.
Schleiberg 38 Schleiberg 38

Auto-Garage
zu vermieten.
Fritz Krauß,
Hauptstr. 148.

Halsette
mit Anhänger,
M. A. Monogramm, vom
Postamt bis Schlachthaus
verloren.
Abzugeben gegen gute Be-
lohnung in der Exp. ds. Bl.

ein **Stunkspelz**
verloren.
Der Finder wird gebeten,
ihn gegen gute Belohnung
abzugeben bei
Frau Alexander Schmidt,
Colonade.

Todes-Anzeige.

heute Nacht entschlief sanft an den Folgen eines Gehirnschilages mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

Julius Klumpp

im Alter von 50 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Else Klumpp, geb. Peiry.

Wildbad, den 24. Juni 1922.

Die Beerdigung findet Montag, den 26. Juni, nachm. 4 Uhr vom Hotel Klumpp aus statt.

Die nächste
Mütterberatungsstunde
findet Mittwoch, den 28. Juni, von 2—3 Uhr in der
Wilhelmschule statt.

Schwester Ottilie Uber
Bezirksfürsorgerin.

Homöopathie u. Naturheilkunde
Krenzfeldstr. 21. H. Maier, Pforzheim Fernruf 2218.
behandelt Nist, Rheumatismus, Nistias, Überverfaltung, rheu-
matische Gesicht- u. Kopfschmerzen, Hautauschlag, Krampfad-
geschwüre, offene Beine usw. mit bestem Erfolg.
Augendiagnose. Sprechstunde in Wildbad: reitag vormittag
8—1 Uhr, Kochstraße 198 bei ißer.

Inseriert im „Tagblatt“!

Schwarzwälder
**Fichtennadel Franz-
branntwein,**
das beste bei Rheuma und
Jchias.
A. u. W. Schmit Medizinal-Drog.

Frauen
wenden sich bei Unpünktlichkeiten
nur noch an mich; meine täglichen
Dankschreibung bürgen dafür, daß
auch ihnen geholfen wird. Bei Nicht-
erfolg Geld unter Garantie zurück.
Außerdem Garantie f. Unschädlich-
keit. Auch in den schwierigsten
Fällen. Ohne Berufsstörung. Bitte
angeben, seit wann Sie leiden.
Diskreter Versand.
Frau M. Maack, Krankenbehand-
lerin, Hamburg 36, Ausgabe 593

!! Achtung !!
Demjenigen, der am ver-
gangenen Samstag nach
4—5 Uhr aus einer oberen
Kabine im hiesigen Schwimm-
bad eine silberne

**Deckel-
Armband-Uhr**
mit leuchtend. deutschen Stun-
denziffern, aber ohne Ziffern-
glas und mit dunkelbraunem
Riemchen entwendet bzw. an-
sich genommen hat, ist man
auf der Spur.
Anzeige ist im Interesse
seiner Angehörigen noch nicht
erstattet, erfolgt aber, falls
die Uhr nicht umgehend im
Schwimmbad oder im Fund-
büro abgeliefert wird.